

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift über die 9. Sitzung des Hauptausschusses öffentlicher Teil

Merseburg, 11.05.2026

Die Sitzung fand statt:

Datum:	26.02.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:00 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	19:11 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Sebastian Müller-Bahr	Ausschussvorsitzender	
Uwe Darnstädt	Mitglied	
Michael Finger	Mitglied	
Michael Hayn	Mitglied	
Holm Kluknavsky	Mitglied	
Manuela Krause	Mitglied	
Matthias Kreisel	Mitglied	
Roland Striegel	Mitglied	
Daniel Wald	Mitglied	
Marcus Turré	Mitglied	in Vertretung von Dr. Eichner, Steffen
Rosel Veronika Mißberger	Mitglied	in Vertretung von Seifert, Bernd

Vertreten werden:

Dr. Steffen Eichner	Mitglied	wurde vertreten durch Turré, Marcus
Bernd Seifert	Mitglied	wurde vertreten durch Mißberger, Rosel Veronika

Anwesende der Verwaltung:

Jana Skládal	Amtsleiterin Rechtsamt
Carla Büttner	Sachbearbeiterin Sitzungsdienst
Benjamin Ebert	Leiter Rechnungsprüfungsamt
Diana Pfeifer	Sachgebietsleiterin Bauleitplanung
Marco Voigt	Sachgebietsleiter Zentrale Dienste

Als Gäste sind anwesend:

Moritz Eichelmann	Mitglied des Stadtrats
Dr. Lutz Kuhne	Mitglied des Stadtrats

Weitere Bürgerinnen und Bürger.

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung

- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

- 2.1 Einwohnerfragestunde
- 2.2 Beteiligungsbericht 2024
001/MV/26
- 2.3 Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 65 - "Industriegebiet Merseburg - Süd-West" (Leuna III) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit
004/BV/26
- 2.4 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 70 Sondergebiet "Solarpark Merseburg Nord"
088/BV/25
- 2.5 Nutzungsvertrag für die kommunale Sportstätte Beuna
002/BV/26
- 2.6 Mitgliedschaft im Verband der Friedhofsverwalter Deutschlands e.V.
012/BV/26
- 2.7 Zustimmung zu den erhöhten Kosten für den Hort/Kita-Ersatzneubau der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland St. Johannes am Standort Lessingstraße 16a in Merseburg
009/BV/26
- 2.8 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 des Vereins zur Förderung der Natur-Kindertagesstätte "Spatzennest"
010/BV/26
- 2.9 Fraktionsmittelsatzung
011/BV/26
- 2.10 Rechnungsprüfungsordnung
020/BV/26
- 2.11 Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 2.12 Informationen der Stadtverwaltung
- 2.13 Schließung der Sitzung

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Müller-Bahr eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr. Es sind 11 von 11 stimmberechtigte Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Müller-Bahr fragt, ob es Änderungsanträge gibt. Dies ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Müller-Bahr fragt nach Anmerkungen zur Niederschrift vom 27.11.2025. Diese gibt es nicht. Er lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Die Niederschrift vom 27.11.2025 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Müller-Bahr begrüßt die anwesenden Gäste, Vertreter der Presse sowie Mitarbeitende der Verwaltung. Er eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:02 Uhr und fragt nach Wortmeldungen aus der Einwohnerschaft.

Einwohner 1 sagt, dass er sich für zukünftige Vorhaben eine frühzeitigere Einbindung der Einwohnerschaft wünsche. Er äußert den Wunsch, dass Bürgerinnen und Bürger bereits in frühen Planungsphasen informiert und beteiligt werden.

Herr Müller-Bahr weist darauf hin, dass Informationen zu Vorhaben über das Amtsblatt sowie das Ratsinformationssystem bereitgestellt werden. Er erklärt, dass es nicht möglich sei, alle betroffenen Personen individuell zu informieren. Die Bürgerinnen und Bürger hätten die Möglichkeit und auch die Verantwortung, sich über diese Informationskanäle zu informieren.

Einwohner 2 sagt, dass Sie eine Frage zum Naturschutz und Klimaschutz in Freimfelde hat.

Herr Müller-Bahr unterbricht und weist darauf hin, dass in der Einwohnerfragestunde nur Fragen zu Themen gestellt werden dürfen, die nicht Bestandteil der Tagesordnung sind. Er erklärt, dass Fragen zu Tagesordnungspunkten im Rahmen der jeweiligen Beratung behandelt werden. Er fragt nach weiteren Fragen aus der Einwohnerschaft. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt er die Einwohnerfragestunde um 18:05 Uhr.

TOP 2.2 Beteiligungsbericht 2024

Herr Müller-Bahr sagt, dass der Beteiligungsbericht für das Jahr 2024 den Mitgliedern vorliegt.

Er weist darauf hin, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handelt und der Bericht bereits im Finanzausschuss vorgestellt und diskutiert wurde.

Er erläutert außerdem eine Verfahrensänderung im Umgang mit dem Abwasserzweckverband (AZV):

Der Jahresabschluss des AZV wird durch die Kommunalaufsicht geprüft und liegt daher zeitlich verzögert vor. Dadurch kommt es zu einer verzögerten Erstellung des Beteiligungsberichts. Künftig soll der AZV nicht mehr Bestandteil des regulären Beteiligungsberichts sein. Stattdessen soll der AZV in einer separaten Mitteilungsvorlage behandelt werden. Ziel ist es, den Beteiligungsbericht künftig zeitnaher vorlegen zu können.

Er fragt, ob es Fragen zum Beteiligungsbericht gibt.

Herr Striegel sagt, dass er eine Frage zur Entwicklung des Personalaufwands in der Gebäudewirtschaft hat. Er sagt, dass der Personalaufwand im betrachteten Geschäftsjahr von etwa 1 Million Euro auf 1,3 Millionen Euro gestiegen sei und bittet um Erläuterung dieser Entwicklung.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Frage an die zuständige Stelle weitergeleitet wird und eine Antwort nachgereicht wird.

Herr Kreisel weist darauf hin, dass es sich bei der entsprechenden Frage um eine Personalangelegenheit handelt, die nicht öffentlich behandelt werden soll.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Beantwortung entsprechend im nichtöffentlichen Teil erfolgen wird. Er fragt, ob es weitere Fragen gibt. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt er fest, dass der Beteiligungsbericht zur Kenntnis genommen wird.

TOP 2.3 Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 65 - "Industriegebiet Merseburg - Süd-West" (Leuna III) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich um die Offenlegung des Vorentwurfs zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit handelt. Der Vorentwurf umfasst umfangreiche Unterlagen mit zahlreichen Gutachten und wurde den Mitgliedern digital zur Verfügung gestellt. Er erklärt, dass die Offenlegung dazu dient, bereits in einem frühen Stadium Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie von Institutionen und Behörden einzuholen, bevor ein endgültiger Entwurf erstellt wird. Zusätzlich informiert er über eine Bürgerversammlung am 4.

März um 18:00 Uhr in der Hoppenhauptkirche. Der Vorentwurf wurde bereits in den betroffenen Ortschaftsräten sowie in den Fachausschüssen vorgestellt.

Herr Kreisel unterstützt den Antrag und weist darauf hin, dass es sich um eine langfristig bedeutende Entwicklung für den Industriestandort Merseburg handelt. Er betont die Bedeutung der frühzeitigen Beteiligung von Behörden und Bevölkerung.

Herr Finger weist auf den großen Umfang der Unterlagen hin und äußert den Wunsch nach einer komprimierten Zusammenfassung, um die Inhalte für die Öffentlichkeit leichter zugänglich zu machen.

Herr Drehmann sagt, dass die Unterlagen bereits Zusammenfassungen enthalten. Er empfiehlt, die Dokumente anhand der Fazit-Abschnitte sowie der allgemeinverständlichen Zusammenfassung im Umweltbericht zu lesen.

Herr Striegel fragt nach Konzepten zur Erreichbarkeit des geplanten Industriegebietes, insbesondere im Hinblick auf den öffentlichen Personennahverkehr.

Frau Pfeiffer sagt, dass Planungen für eine mögliche S-Bahn-Haltestelle am Standort Spergauer Weg bestehen. Diese soll eine Alternative zur Anreise mit dem privaten Pkw bieten. Zusätzlich werden weitere Optionen wie Busverbindungen geprüft.

Herr Müller-Bahr ergänzt und sagt, dass verschiedene Mobilitätslösungen geprüft werden, wobei die S-Bahn-Anbindung als besonders realistisch eingeschätzt wird.

Herr Striegel fragt nach Konzepten für den Güterverkehr.

Frau Pfeiffer sagt, dass im Bebauungsplan zwei getrennte Verkehrshubs vorgesehen sind:

- Ein Bereich für den Personenverkehr im Norden
- Ein Bereich für den Schwerlastverkehr im Süden

Außerdem sei ein Schienenanschluss für den Güterverkehr vorgesehen, der südlich entlang der Halde verlaufen soll.

Herr Müller-Bahr fragt, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	4

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung im Stadtrat am 05.03.2026.

TOP 2.4 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 70 Sondergebiet "Solarpark Merseburg Nord"

Herr Müller-Bahr ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist darauf hin, dass ein gemeinsamer Antrag mehrerer Fraktionen vorliegt.

Herr Kreisel stellt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP vor.

Der Antrag beinhaltet:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 70 wird zunächst ruhend gestellt.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine alternative, gesamtstädtisch abgestimmte Entwicklungsperspektive für die Fläche zu erarbeiten.
- Auf dieser Grundlage sollen mögliche Anpassungen für das Photovoltaik-Freiflächenkonzept sowie den Flächennutzungsplan geprüft werden.
- Die bisherigen Nutzungsperspektiven sollen im Rahmen einer Neubewertung überprüft werden.

Er sagt, dass es nach der Behandlung im Bauausschuss umfangreiche Reaktionen aus der Anwohnerschaft gegeben habe. Daraus habe sich ein deutliches Interesse ergeben, alternative Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen. Der Antrag sei im Rahmen eines Arbeitsgesprächs mit den Fraktionsspitzen vorbereitet worden.

Frau Krause sagt, dass ihre Fraktion nicht in die Erstellung des gemeinsamen Antrags einbezogen worden sei. Sie äußert Zweifel an der formalen Ausgestaltung des Antrags, insbesondere hinsichtlich Fristen und Dokumentation. Sie kündigt an, dass ihre Fraktion dem Antrag unter Vorbehalt zustimmen wird.

Herr Müller-Bahr sagt, dass der Antrag fristgerecht eingegangen sei und sich auf die bestehende Beschlussvorlage beziehe. Er weist darauf hin, dass Einladungen zu den Arbeitsgesprächen auch an die AfD-Fraktion erfolgt seien.

Herr Finger erinnert daran, dass bereits in einer früheren Sitzung über eine Änderung des Bebauungsplans diskutiert wurde. Er sagt, dass die aktuelle Vorgehensweise an frühere Diskussionen anknüpfe und eine erneute Prüfung ermöglichen solle.

Herr Striegel betont die Bedeutung der Bürgerbeteiligung im politischen Entscheidungsprozess. Er führt aus, dass Beteiligung nicht nur bei unmittelbarer Betroffenheit erfolgen sollte, sondern grundsätzlich Bestandteil demokratischer Prozesse sei. Er erklärt, dass der vorliegende Antrag keine Verzögerung beabsichtige, sondern eine gemeinsame Lösung anstrebe. Er beantragt, den Antrag um einen zusätzlichen Punkt zu ergänzen, der eine zeitliche Perspektive für die weitere Bearbeitung festlegt. Ziel sei es, sowohl der Einwohnerschaft als auch möglichen Investoren eine Orientierung über den weiteren Ablauf zu geben.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass eine konkrete zeitliche Festlegung zum aktuellen Zeitpunkt nicht abschließend getroffen werden könne. Er sagt, dass eine entsprechende zeitliche Perspektive durch die Verwaltung nachgereicht werden kann, sofern der Antrag entsprechend beschlossen wird. Er fragt, ob es weiteren Redebedarf gibt. Da keine weiteren Wortmeldungen aus dem Stadtrat erfolgen, eröffnet er die Möglichkeit für Fragen aus der Einwohnerschaft.

Einwohner 1 erklärt, dass er sich eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – ähnlich wie bei anderen Planungsverfahren Leuna III – wünsche.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Bürgerbeteiligung erst nach einem entsprechenden Aufstellungsbeschluss beginnt. Da ein solcher Beschluss bislang nicht gefasst wurde, habe das formale Beteiligungsverfahren noch nicht begonnen.

Einwohner 2 weist auf naturschutzfachliche Aspekte hin und beschreibt die Nutzung des betroffenen Gebietes durch Wildtiere. Sie sagt, dass Veränderungen in der Umgebung Auswirkungen auf die Tierwelt haben könnten.

Herr Müller-Bahr fragt nach einer konkreten Fragestellung.

Einwohner 2 sagt, dass sie keine konkrete Frage stellen möchte, sondern Hinweise geben will.

Frau Pfeiffer sagt, dass Untersuchungen zu Umwelt- und Naturschutzaspekten erst im Rahmen eines formalen Planungsverfahrens durchgeführt werden. Dies setze einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss voraus. Ohne einen solchen Beschluss würden keine Gutachten oder Planungsunterlagen erstellt.

Herr Kreisel erläutert, dass der Aufstellungsbeschluss bereits im Bauausschuss positiv behandelt wurde, das Verfahren jedoch in den weiteren Gremien nicht abgeschlossen wurde. Er sagt, dass dadurch das formale Beteiligungsverfahren noch nicht begonnen hat.

Herr Müller-Bahr fragt, ob es weiteren Redebedarf gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt zuerst über den Änderungsantrag von Herrn Striegel abstimmen. Der gemeinsame Antrag, soll bei Punkt 2 um den Buchstaben c erweitert und eine zeitliche Perspektive genannt werden.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Der Ergänzungsantrag wird einstimmig angenommen.

Herr Müller-Bahr lässt nun über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, Bündnis SPD/DIE GRÜNE, Die Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion abstimmen.

Abstimmung Änderungsantrag

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Dem gemeinsamen Antrag zur Ruhestellung des Aufstellungsbeschlusses sowie zur Erarbeitung alternativer Entwicklungsperspektiven wird einstimmig zugestimmt.

Herr Müller-Bahr dankt allen Anwesenden für die sachliche Diskussion.

TOP 2.5 Nutzungsvertrag für die kommunale Sportstätte Beuna

Frau Mißberger meldet Befangenheit an und begibt sich in den Zuschauerbereich.

Herr Müller-Bahr fragt, ob Redebedarf besteht. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	1
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich die Beschlussfassung im Stadtrat am 05.03.2026.

Frau Mißberger begibt sich in den Sitzungsbereich und nimmt wieder aktiv an der Sitzung teil.

TOP 2.6 Mitgliedschaft im Verband der Friedhofsverwalter Deutschlands e.V.

Herr Müller-Bahr eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt, ob es Redebeiträge gibt. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.7 Zustimmung zu den erhöhten Kosten für den Hort/Kita-Ersatzneubau der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland St. Johannes am Standort Lessingstraße 16a in Merseburg

Herr Müller-Bahr eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt, ob es Redebeiträge gibt. Dies ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung im Stadtrat am 05.03.2026.

TOP 2.8 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 des Vereins zur Förderung der Natur-Kindertagesstätte "Spatzennest"

Herr Müller-Bahr eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt, ob es Redebeiträge gibt. Das ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	5

Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich die Beschlussfassung im Stadtrat am 05.03.2026.

TOP 2.9 Fraktionsmittelsatzung

Herr Müller-Bahr stellt die Fraktionsmittelsatzung vor. Er erläutert, dass die Höhe der Fraktionsmittel unverändert bleibt. Die Satzung wurde auf Empfehlung des Landesrechnungshofes erstellt, um die bisherigen Regelungen rechtssicher in eine formale Satzung zu überführen. Zudem wurden rechtliche Grundlagen aktualisiert sowie Vorgaben für die Verwendung und den Nachweis der Mittel präzisiert. Eine wesentliche Änderung betrifft die Prüfungszuständigkeit, die künftig vom Rechnungsprüfungsamt auf das Rechtsamt übergeht.

Herr Turré weist darauf hin, dass die finanziellen Mittel der Fraktionen gering seien. Er erklärt, dass die dargestellten Regelungen in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Höhe der verfügbaren Mittel stünden. Er gibt an, dass mit den vorhandenen Mitteln nur ein sehr begrenzter Handlungsspielraum bestehe.

Herr Müller-Bahr bestätigt, dass die finanziellen Mittel gering sind, betont jedoch die Notwendigkeit rechtssicherer Regelungen.

Herr Finger erklärt, dass die Tätigkeit im Stadtrat ehrenamtlich erfolgt und der bürokratische Aufwand im Verhältnis zu den Mitteln hoch sei. Er weist darauf hin, dass ähnliche Regelungen auch in anderen Gremien bestehen. Er regt an, Kontoführungsgebühren ausdrücklich in die zulässigen Ausgaben aufzunehmen.

Herr Müller-Bahr verweist darauf, dass andere Kommunen teilweise keine Fraktionsmittel gewähren und alternative Modelle bestehen. Er erklärt, dass die Hinweise aufgenommen werden.

Herr Striegel bezieht sich auf § 4 Absatz 2 der Satzung. Er hinterfragt die Notwendigkeit, dass Fraktionen zusätzliche eigene Regelungen festlegen müssen, obwohl bereits Vorgaben in der Satzung enthalten sind. Er schlägt vor:

- den Satz „Die Fraktionen haben sich hierfür eine verbindliche Regelung zu geben“ zu streichen
- die Formulierung zu vereinfachen und direkt die bestehenden Vorgaben aufzunehmen

Zudem fragt er nach der Notwendigkeit halbjährlicher Kassenabschlüsse und regt an, diese Regelung zu vereinfachen.

Herr Müller-Bahr fasst die vorgeschlagenen Änderungen zusammen:

- Streichung der Satzung
- Anpassung der Formulierung im § 4 Absatz 2
- Prüfung der Regelung zu halbjährlichen Kassenabschlüssen mit möglicher Streichung

Er erklärt, dass diese Änderungen geprüft und gegebenenfalls bis zur nächsten Sitzung angepasst werden.

Herr Finger weist darauf hin, dass Fraktionen bereits eigene Geschäftsordnungen haben, in denen entsprechende Regelungen getroffen werden können.

Herr Müller-Bahr sagt, dass geprüft werden soll, inwieweit bestehende Regelungen der Fraktionen ausreichend sind und wie detailliert gesetzliche Vorgaben in der Satzung erforderlich sind.

Herr Kreisel sagt, dass der laufende Prozess gegenüber dem Landesrechnungshof ausreichend dargestellt werden kann, auch wenn die Satzung noch nicht abschließend beschlossen ist.

Frau Krause bringt den Vorschlag ein, grundsätzlich auf Fraktionsmittel zu verzichten und stattdessen eine Anpassung der Aufwandsentschädigung zu prüfen. Sie begründet dies mit dem Verwaltungsaufwand und den eingeschränkten Verwendungsmöglichkeiten der Mittel.

Herr Müller-Bahr schlägt vor, eine Vergleichsberechnung zu erstellen, die die Auswirkungen verschiedener Modelle darstellt (Fraktionsmittel vs. alternative Lösungen). Er erklärt, dass Beispiele aus anderen Kommunen herangezogen werden sollen.

Herr Striegel gibt zu bedenken, dass eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung steuerliche Auswirkungen für die Mitglieder des Stadtrates haben kann.

Herr Müller-Bahr sagt, dass eine Gegenüberstellung der Varianten erstellt wird und die Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Die Beschlussvorlage wird zur weiteren Prüfung zurückgestellt und nicht zur Abstimmung gebracht. Eine überarbeitete Fassung soll dem Stadtrat in einer späteren Sitzung erneut vorgelegt werden.

TOP 2.10 Rechnungsprüfungsordnung

Herr Müller-Bahr stellt die überarbeitete Rechnungsprüfungsordnung vor. Er erläutert, dass die neue Fassung eine Vereinfachung, bessere Strukturierung sowie erhöhte Verständlichkeit zum Ziel hat. Eine wesentliche Änderung ist die Übertragung der Antikorruptionsbeauftragung an das Rechnungsprüfungsamt, entsprechend aktueller gesetzlicher Regelungen.

Herr Turré sagt, dass das Rechnungsprüfungsamt ein Gleichgewicht zwischen gesetzlichen Pflichtaufgaben und flexiblen Prüfaufgaben einhalten muss. Er betont die Bedeutung von stichprobenartigen und anlassbezogenen Prüfungen, um eine wirksame Kontrollfunktion sicherzustellen. Er erklärt, dass die Rechnungsprüfungsordnung ausreichend Spielräume für eine unabhängige und flexible Arbeitsweise des Rechnungsprüfungsamtes lässt.

Herr Striegel fragt nach Unterschieden in der Prüfungsorganisation im Vergleich zu anderen Städten sowie nach möglichen Besonderheiten der Regelung.

Herr Ebert erläutert, dass die neue Rechnungsprüfungsordnung in Zusammenarbeit mit anderen Städten entwickelt wurde und als Grundlage für vergleichbare Regelungen dienen kann. Er erklärt, dass Unterschiede insbesondere in der Verwaltungsorganisation sowie in Wertgrenzen für Prüfungen bestehen. Beispielsweise variieren Schwellenwerte für Vergabeproofungen zwischen den Kommunen. Er sagt, dass kleinere Vorgänge stichprobenartig geprüft werden, während größere Beträge eine intensivere Prüfung erfordern.

Herr Müller-Bahr fragt nach weiteren Wortmeldungen. Da keine weiteren Fragen vorliegen, leitet er zur Abstimmung über.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung im Stadtrat am 05.03.2026.

TOP 2.11 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Hayn weist auf die steigenden Kosten im Bereich der Kindertagesstätten hin. Er nennt aktuelle Beispiele aus der Sitzung sowie aus dem Finanzausschuss, bei denen erhebliche Mehrkosten entstanden sind. Er fragt nach dem aktuellen Stand der Arbeitsgruppe zur Rekommunalisierung und den möglichen Ergebnissen.

Herr Gatzlaff berichtet aus der Arbeitsgruppe Rekommunalisierung:

- Ziel war die Klärung, ob eine Rekommunalisierung erfolgen soll
- Es haben sich zwei Positionen herausgebildet:
 1. Rückführung der Kitas der großen Träger in städtische Verantwortung
 2. Teilweise Rückführung (nur einzelne Einrichtungen)

Ein Kompromiss konnte nicht erzielt werden. Es besteht jedoch eine Tendenz mehrerer Fraktionen, die Kitas der großen Träger nach Auslaufen der Verträge (2029 und 2030) in städtische Verantwortung zu übernehmen. Ein möglicher Eigenbetrieb wird als Option für einen späteren Zeitpunkt diskutiert.

Herr Müller-Bahr fasst zusammen, dass ein breiter politischer Konsens erkennbar ist, dessen endgültige Ausprägung jedoch erst in zukünftigen Beschlüssen sichtbar wird.

Herr Hayn stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, die Beschlussvorlage zur Kita-Thematik in der nächsten Sitzungsrunde erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Eichelmann äußert sich kritisch zur Entwicklung innerhalb der Arbeitsgruppe. Er benennt die beteiligten Fraktionen und beschreibt die geplante Vorgehensweise als schrittweisen Aufbau innerhalb der Verwaltung mit möglicher späterer Ausgliederung. Er kündigt an, dass seine Fraktion dem Vorhaben nicht zustimmen wird.

Herr Müller-Bahr formuliert den Antrag konkret:

- Wiedervorlage der Beschlussvorlage ab der nächsten Sitzungsrunde
- Beginn im BSKT-Ausschuss am 20. April
- anschließende Behandlung in weiteren Ausschüssen (Finanz-, Hauptausschuss und Stadtrat)

Er fragt, ob weitere Fragen bestehen. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

Dem Antrag der CDU-Fraktion, die Beschlussvorlage 053/BV/2025 „Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen“ in der nächsten Sitzungsrunde wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 2.12 Informationen der Stadtverwaltung

1. Informationen durch die Geschäftsbereichsleiterin III

Frau Findeisen informiert über:

- Frühjahrsputz:

- Termin: 28. März
- Traditionell eine Woche vor Ostern
- Öffentlichkeitsarbeit beginnt in der folgenden Woche

- Wahlhelfer gesucht:

- Landratswahl am 7. Juni
- Landtagswahl am 6. September
- Es werden weiterhin Wahlhelferinnen und Wahlhelfer benötigt
- Informationen und Kontaktmöglichkeiten sind auf der Website der Stadt veröffentlicht

2. Informationen durch den Bürgermeister

Herr Gatzlaff informiert über:

- Hinweis auf bevorstehende Veranstaltungen:

- Puppenfesttage
- Ostermarkt (Mitte März)
- Verweis auf den städtischen Veranstaltungskalender für weitere Informationen

- Ergänzende Information zur Kita-Thematik:

- Ein großer Träger hat eine Verdopplung der Leitungsstunden beantragt. Eine belastbare Begründung liegt derzeit noch nicht vor. Die Verwaltung hat entsprechende Nachforderungen gestellt.

3. Informationen des Oberbürgermeisters

Herr Müller-Bahr informiert über:

- Einführung einer digitalen Hotline (KI-System „Charlie“):

- Start: 2. März
- Rund um die Uhr erreichbar (inkl. Wochenenden und Feiertage)

- Funktionen:

- Beantwortung von Bürgeranfragen
- Weiterleitung von Anliegen
- Vereinbarung von Rückrufen

- Ziel: Erweiterung der Erreichbarkeit der Verwaltung

- Städtebauliche Entwicklungen (Christianenstraße):

- Positive Entwicklung bei zwei Projekten:
- Geplante Wohnbebauung auf einem bisherigen Problemgrundstück
- Aussicht auf Ansiedlung eines Nahversorgers
- Umsetzung noch nicht endgültig gesichert, aber positive Signale vorhanden

TOP 2.13 Schließung der Sitzung

Herr Müller-Bahr schließt die öffentliche Sitzung um 19.11 Uhr und dankt allen Anwesenden.


Sebastian Müller-Bahr
Ausschussvorsitzender


Carla Büttner
Protokollantin


Thomas Albrecht
Protokollant